



wahlforderungen

des Zukunftsforum Familie e. V.

Bundestagswahl 2025

→ Familien in den Mittelpunkt stellen!

Gute Politik für Familien kann ein Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit sein. Sie fördert wirtschaftliche Stabilität, sichert Fachkräfte und entlastet die Sozialsysteme. Eine zukunftsorientierte Politik für Familien gehört ins Wahlprogramm, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine starke Demokratie zu gewährleisten.

Familienpolitik ist damit Fach- und Querschnittspolitik zugleich. Sie muss sich an solidarischen Zielen orientieren!

→ Außerdem muss Politik für Familien

- ... der Vielfalt von Familien gerecht werden
- ... Armut bekämpfen
- ... Chancengerechtigkeit durch Bildung stärken
- ... Familien Zeit füreinander ermöglichen
- ... Gleichstellung umsetzen
- ... Generationszusammenhalt fördern
- ... eine familiengerechte Infrastruktur schaffen
- ... Inklusion gewährleisten
- ... reproduktive Rechte und Selbstbestimmung sicherstellen
- ... ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen

ZFF-Wahlforderungen – Themen, die Familien bewegen:

- 1) Kinder- & Familienarmut
- 2) Vereinbarkeit & Zeitpolitik
- 3) Pflege in Familien
- 4) Gleichstellung & Vielfalt

Zu 1) Kinder- und Familienarmut

Fast jede*r vierte Heranwachsende war 2023 in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Armut zeigt sich nicht nur finanziell, sondern auch sozial: Betroffene fühlen sich oft isoliert und abgehängt. Kinder und Jugendliche sind arm, weil ihre Eltern arm sind; Häufig liegt die Ursache in Arbeitslosigkeit, Krankheit, Trennung/Scheidung oder weil sie sich in prekären Arbeitsverhältnissen. Manchmal fehlt auch einfach die Kinderbetreuung, um einer existenzsichernden Arbeit nachzugehen. Deshalb fordern wir:

Mehr Geld!

- System der Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen und eine einkommensabhängige und sozial gerechte Leistung für alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft – in ausreichender Höhe schaffen. Hier müsste auch das Steuersystem von Anfang an mitgedacht werden, indem der Mindestbetrag einer neuen Leistung der maximalen Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge entspricht. Nur so kann die Ungerechtigkeit – die Bevorzugung vermögender Eltern – beendet werden.
- Neuermittlung des soziokulturellen Existenzminimums (für Kinder & Erwachsene) und eine Harmonisierung des Existenzminimums im Steuer-, Unterhalts- und Sozialrecht
- Alleinerziehende und Trennungsfamilien unterstützen:
 - Abschaffung des Kindergeldübertrags
 - Steuergutschrift einführen
 - Umgangsmehrbedarf im Sozialrecht verankern
 - Reform des Unterhaltsvorschusses – nur noch hälftige Anrechnung des Kindergelds
- Bessere Zusammenarbeit der leistungsgewährenden Behörden: Weiterleitung von Daten und Anträgen im Hintergrund (insb. Jobcenter und Familienkasse), proaktives Zugehen der Behörden auf die Familien

Mehr Infrastruktur!

- Familienbildung durch einen individuellen Leistungsanspruch im SGB VIII stärken
- strukturelle Verankerung von Armutsprävention durch kommunale Präventionsketten
- Mehr Investitionen in gute Beratungs-, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur – Zugänge vor allem für marginalisierte Gruppen erleichtern

Mehr eigenständige und existenzsichernde Arbeit für Eltern!

- Mehr Anreize für partnerschaftliche Aufteilung von familialer Sorgearbeit
- Eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, finanzielle Aufwertung von Sozial- und Gesundheitsberufen und existenzsichernde Löhne
- Möglichkeiten für Weiter- und Fortbildungen (auch in Teilzeit)
- Minijobs in eine geringfügige Beschäftigung mit sozialer Sicherung integrieren
- Das Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung überführen

Darüber hinaus

- brauchen wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Familien, weniger soziale Segregation und mehr Prävention vor Wohnungslosigkeit
- brauchen Kinder Platz zum Toben und Spielen im Freien sowie ein gesundes Wohnumfeld
- brauchen wir Kinderrechte im Grundgesetz

Zu 2) Vereinbarkeit & Zeitpolitik

Familien stehen vor der Herausforderung, vieles miteinander in Einklang bringen zu müssen. Gute Zeitpolitik und flexible Vereinbarkeitslösungen entlasten sie und schaffen Räume für ein ausgewogenes, erfülltes Familienleben. Außerdem setzen sie Anreize, damit sich Elternteile sowohl Erwerbs- als auch Sorgearbeit gerecht untereinander aufteilen. Verstaubte Rollenbilder können so aufgebrochen werden.

Update für das Elterngeld!

- BEEG partnerschaftlicher ausgestalten: Ausdehnung der Partner*innenmonate innerhalb der 14 Monate, um eine gleichwertigere Aufteilung zu erreichen
- Denkbar sind Regelungen wie z. B. das „5+5+2-Modell“ in Island, in dem festgelegt wird, welche Monate den jeweiligen Partner*innen zustehen
- BEEG sozial gerecht ausgestalten: Basis-Elterngeld (derzeit 300 Euro) darf als Familienförderleistung nicht, wie bislang, auf SGB-II-Leistungen, Sozialhilfe und den Kinderzuschlag angerechnet werden
- Höhe der Lohnersatzleistung prüfen: ZFF spricht sich für die Anhebung des Mindestbetrags sowie der Dynamisierung des Mindest- und Höchstbetrags beim Elterngeld bzw. ElterngeldPlus aus

Weitergehende Zeitrechte über den Lebensverlauf hinweg!

- Kurzfristig Familienarbeitszeit einführen: Im Anschluss an die Bezugsdauer des Elterngeldes soll eine partnerschaftliche Arbeitszeitreduktion der Eltern teilweise mit einem Familiengeld kompensiert werden; Ausweitung des Anspruchs auch auf pflegende An- und Zugehörige, die sich die Sorge partnerschaftlich aufteilen
- Optionen für die Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit sollten aus Sicht des ZFF langfristig in ein Gesamtkonzept wie das Optionszeitenmodell überführt werden, das über den gesamten Lebensverlauf hinweg gedacht wird
- Auszeiten oder reduzierte Arbeitszeiten, die für Sorgetätigkeiten in Anspruch genommen werden, sollen dabei finanziell und sozialrechtlich abgesichert werden

Ausbau betrieblicher Lösungen für Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf!

- Familien- und pflegesensible Unternehmenskultur und -kommunikation aufbauen: Sensibilisierung der Führungskräfte und der betrieblichen Interessensvertreter*innen
- Familien- und pflegesensible Arbeitszeiten einführen: Jobsharing und flexible Arbeitszeitmodelle durch Arbeitszeitkonten oder Zeitbudgets
- Bei großen Unternehmen: Betriebliche Beratungsangebote und Begleitung des Wiedereinstiegs nach längerer Auszeit, (für kleinere Unternehmen muss es externe Angebote dieser Art geben, auf die Arbeitgeber*innen verweisen können)
- Anerkennung und Wertschätzung von durch Sorgearbeit unterbrochenen Lebensläufen
- Rechtsanspruch auf Brückenteilzeit mit Rückkehrrecht für alle ermöglichen, unabhängig von der Unternehmensgröße

Zu 3) Pflege in Familien

Pflegebedürftige und ihre Familien bleiben in unserer Gesellschaft viel zu oft unsichtbar. Dabei trifft Pflege über kurz oder lang alle. Durch den demografischen Wandel und vor dem Hintergrund des Fach- und Arbeitskräftemangels wird gute Politik für Familien, in denen gepflegt wird, immer relevanter. Schon heute sind pflegende An- und Zugehörige finanziell, psychisch, physisch und emotional am Limit – häufig sind es Frauen. Die folgenden Forderungen stehen für sich, sind aber auch als Ergänzung zu jenen im Bereich Vereinbarkeit/Zeitpolitik zu verstehen.

Familienpflegezeit und -geld

- Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz zusammenführen und den Freistellungsanspruch zeitlich ausweiten, mindestens 36 Monate
- Leistungen müssen allen informell Pflegenden, die zum Kreis der An- und Zugehörigen zählen, zustehen
- Transferleistung für pflegende An- und Zugehörige einführen: Die Leistung soll sozial gerecht ausgestaltet sein, vor Armut schützen und einen Anreiz für Männer schaffen, mehr Pflege zu übernehmen

Verbesserte Anerkennung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung

Pflege in Familien auf mehr Schultern verteilen, für mehr Geschlechtergerechtigkeit

- Mehr Männer für die Pflege gewinnen
- Vielfältige Pflegekonstellationen anerkennen

Lebensqualität für alle verbessern: Teilhabe und Inklusion für Pflegebedürftige fördern, Entlastung für pflegende An- und Zugehörige ermöglichen

- Bessere Vernetzung der pflegenden An- und Zugehörigen mit formellen Pflegeangeboten: gemischte Betreuungsarrangements unterstützen
- Das persönliche Budget nach § 29 SGB IX sollte besser bekannt gemacht und flexibler gestaltet werden
- Gutscheinsystem für haushaltsnahe Dienstleistungen einführen
- Weiterzahlung des Pflegegeldes für stationäre Aufenthalte von Kindern über 28 Tage hinaus

Leistungen aus der Pflegeversicherung reformieren

- Pflegeansprüche werden oft wegen fehlender Angebote nicht genutzt, wodurch die Belastung auf An- und Zugehörige zurückfällt. Um das zu vermeiden, müssen in diesen Fällen Budgets freigegeben werden
- Pflegegeld anheben und dynamisieren
- Leistungen an den Bedürfnissen pflegebedürftiger Kindern orientieren
- Vereinbarkeit als Leitgedanke der Pflegeversicherung etablieren
- Solidarische Pflegevollversicherung einführen!

Paragrafenschungel überwinden und Bürokratie abbauen: Leistungen wie aus einer Hand und Beratung unter einem Dach

Zu 4) Vielfalt/Gleichstellung

Für das ZFF ist

„Familie ist überall dort,
wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen,
Sorge tragen und Zuwendung schenken.“

→ Die vielfältigen Lebensrealitäten unterschiedlicher Familienkonstellationen müssen in der Gesellschaft Anerkennung finden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Reformen im Abstammungs-, Unterhalts- und Kindschaftsrechts- sowie im Sozial- und Steuerrecht, aber auch im Bereich der reproduktiven Rechte, anhand folgender Kriterien ausgerichtet werden:

Gleichstellung

- aller Familienformen
- aller Lebensentwürfe
- aller Geschlechter

Familie ist nicht nur dort, wo Kinder sind, **dennoch müssen Kindeswohl und Kinderrechte immer im Vordergrund stehen.**

Ebenso darf die Wahl eines bestimmten Lebens- oder Familienmodells nicht zu Armut führen. **Gerade dort, wo Kinder aufwachsen muss die Existenz des Haushalts gesichert sein.**

Alle Menschen sollen selbst über ihren Körper und ihre Familienplanung entscheiden dürfen. Das ZFF fordert die **Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch**, also die **Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs**, die Kostenübernahme durch Krankenkassen, die Abschaffung der Pflichtberatung sowie den flächendeckenden Aufbau freiwilliger Beratungsangebote.

Das ZFF fordert darüber hinaus die Einführung eines **Rechtsinstituts jenseits der Ehe**, bei dem soziale Absicherung und Verbindlichkeit für alle in der Sorge- und Verantwortungsgemeinschaft mitgedacht wird.

→ **Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen:**

Jede Art von Diskriminierung bekämpfen! Wir wollen eine Gesellschaft, die sozial gerecht und inklusiv ist, in der alle respektvoll miteinander leben können. Dies muss das Ziel der Politik werden! Nur so kann auf lange Sicht sowohl strukturelle als auch individuelle Diskriminierung abgebaut werden.